



AFRIKA/LIBERIA - Missionar zur Wiederwahl von Ellen Johnson Sirleaf: „Wenn wir das Land vereinen wollen müssen wir bei den Armen beginnen“

Monrovia (Fidesdienst) – „Auch die internationalen Medien fragen sich, ob eine Wahl, an der nur 37% der Wähler teilgenommen haben, glaubwürdig ist“, so P. Mauro Armanino von der Gesellschaft für die Afrikamissionen (SMA) zum Fidesdienst. Der Missionar war viele Jahre in Liberia tätig, wo die scheidende Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, deren zweite Wahlrunde von ihrem Rivalen Winston Tubman boykottiert wurde. Mit dem Boykott wollten die Wähler gegen angeblichen Wahlbetrug bei der ersten Wahlrunde protestieren (vgl. Fidesdienst vom 08/11/2011 und 09/11/2011).

Auch die Entscheidung von Elen Johnson Sirleaf, bei der Stichwahl die Unterstützung der Anhänger des wegen seiner früheren Aktivitäten äußerst umstrittenen Prince Johnson, der beim ersten Wahlgang ausgeschieden war, zu akzeptieren, wurde heftig kritisiert. Sowohl Sirleaf als auch Johnson stehen auf der Liste der 50 Personen, die in den Bürgerkrieg verwickelt waren und die auf Empfehlungen der Kommission „Wahrheit und Versöhnung“ für die kommenden 30 Jahre keine öffentlichen Ämter innehaben sollten. Die Kommission wurde auf der Grundlage der Friedensverträge des Jahres 2003 geschaffen, die den Bürgerkrieg beendeten.

„Wie kann man denken, dass man ein Land vereinen kann, wenn man sich auf die Anhänger einer umstrittenen Persönlichkeit wie Johnson zählt?“, fragt sich der Missionar. „Dies ist reines politisches Kalkül, um die Stimmen aus dem Verwaltungsbezirk Nimba, der Heimat von Johnson, zu erhalten. Dieser Verwaltungsbezirk ist besonders wichtig, weil er sehr bevölkerungsreich ist. Doch er war bereits in der Vergangenheit ein Faktor der Instabilität. Frau Sirleaf möchte diesen Bezirk wieder in das Land integrieren, doch wie ich bereits sagte, werden die Wahlen auf diese Weise zu einer Spaltung des Landes führen. Wenn man das Land vereinen will, darf man nicht auf der Grundlage ethnischer Aspekte handeln, sondern man muss politisch vorgehen und bei den Armen beginnen. Dies wurde in diesen Jahren kaum getan oder nur auf indirekte Weise, um jenes Mindestmaß zu garantieren, dass für den Erhalt von Entwicklungshilfe notwendig ist.“

„Schon die Tatsache, dass nicht mehr geschossen wird, ist wichtig, doch der Preis dafür ist die ununterbrochene Präsenz, seit 2003, von ausländischen Soldaten aus Westafrika und von den Vereinten Nationen. Diese Militärpräsenz ist auch künftig notwendig angesichts der instabilen Lage in den Nachbarländern Cote d’Ivoire und Guinea Conakry. Eine Demokratie, die bei einer Bevölkerung von 4 Millionen Einwohnern, rund 12.-13.000 Blauhelme braucht, gibt zu denken“, so P. Armanino abschließend. (LM) (Fidesdienst, 11/11/2011)